



Brüssel, den 1. Juli 2020
(OR. en)

9255/20

Interinstitutionelles Dossier:
2020/0129 (NLE)

AELE 6
FEROE 1
PECHE 168
IND 88

VORSCHLAG

Absender: Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission

Eingangsdatum: 26. Juni 2020

Empfänger: Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

Nr. Komm.dok.: COM(2020) 267 final

Betr.: Vorschlag für einen BESCHLUSS DES RATES über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union in dem durch das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer andererseits eingesetzten Gemischten Ausschuss betreffend die Annahme der Änderungen der Protokolle Nr. 1 und Nr. 4 zu dem Abkommen zu vertreten ist

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2020) 267 final.

Anl.: COM(2020) 267 final



Brüssel, den 26.6.2020
COM(2020) 267 final

2020/0129 (NLE)

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union in dem durch das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer andererseits eingesetzten Gemischten Ausschuss betreffend die Annahme der Änderungen der Protokolle Nr. 1 und Nr. 4 zu dem Abkommen zu vertreten ist

BEGRÜNDUNG

1. GEGENSTAND DES VORSCHLAGS

Gegenstand dieses Vorschlags ist ein Beschluss zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Union in dem durch das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer andererseits eingesetzten Gemischten Ausschuss im Hinblick auf die Annahme eines Beschlusses des Gemischten Ausschusses zur Änderung der Protokolle Nr. 1 und Nr. 4 zu diesem Abkommen zu vertreten ist.

2. KONTEXT DES VORSCHLAGS

2.1. Das Abkommen

Das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer andererseits (im Folgenden das „Abkommen“) wurde mit dem Beschluss 97/126/EG des Rates¹ von der Europäischen Gemeinschaft geschlossen. Zweck dieses Abkommens ist es, durch die Ausweitung des Handels zwischen der Gemeinschaft und den Färöern die ausgewogene Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu fördern, im Handel zwischen den Parteien gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und zur Beseitigung von Handelshemmnissen beizutragen. Das Abkommen trat am 1. Januar 1997 in Kraft.

2.2. Der Gemischte Ausschuss

Dem nach Artikel 31 Absatz 1 des Abkommens eingesetzten Gemischten Ausschuss obliegt die Verwaltung des Abkommens und er sorgt für dessen ordnungsgemäße Umsetzung. Artikel 34 Absatz 1 des Abkommens ermächtigt den Gemischten Ausschuss, die Bestimmungen der Protokolle zu diesem Abkommen zu ändern.

2.3. Vorgesehener Akt des Gemischten Ausschusses

Artikel 36 des Abkommens sieht vor, dass die Union auf Antrag der Färöer erwägt, die Zugangsmöglichkeiten für bestimmte Waren zu verbessern und die Zollzugeständnisse für die färöischen Fischereierzeugnisse zu erweitern.

Im Einklang mit den Ergebnissen der Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und den Färöern soll der Gemischte Ausschuss, wie auf der 18. Sitzung des Gemischten Ausschusses am 9. Oktober 2019 in Norðragøta (Färöer) vereinbart wurde, einen Beschluss zur Änderung der Protokolle Nr. 1 und Nr. 4 zu diesem Abkommen annehmen.

3. IM NAMEN DER UNION ZU VERTRETENDER STANDPUNKT

Die vorgeschlagenen Änderungen zielen darauf ab, den Marktzugang für beide Parteien zu verbessern, wie auf der 18. Sitzung des Gemischten Ausschusses am 9. Oktober 2019 vereinbart wurde. Es gibt drei wesentliche Änderungen:

- Protokoll Nr. 1: Gefrorene oder haltbar gemachte Sprotten (KN-Codes 0303 53 90 und 1604 13 90) werden in die Liste der Erzeugnisse in Tabelle I des Anhangs zu Protokoll Nr. 1 zu dem Abkommen aufgenommen, in der Präferenzzölle und andere Bedingungen angegeben sind, die bei der Einfuhr in die Gemeinschaft von

¹ Beschluss 97/126/EG des Rates vom 6. Dezember 1996 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer andererseits (ABl. L 53 vom 22.2.1997, S. 1).

Erzeugnissen mit Ursprung auf und Herkunft aus den Färöern gelten. Auf diese Erzeugnisse mit Ursprung auf den Färöern werden von der Union keine Einfuhrzölle erhoben. Die Färöer übermitteln diesen Antrag der Union gemäß Artikel 36 des Abkommens und die Parteien einigten sich auf eine Änderung des Protokolls Nr. 1.

- Protokoll Nr. 4: Fußnote 1 und Absatz 2 von Artikel 1 des Protokolls Nr. 4 zu dem Abkommen werden gestrichen. Fußnote 1 enthält eine Beschränkung für zugesetztes Gluten in Fischfutter, das von den Färöern in die Union exportiert wird, welche für die KN-Codes ex 2309 90 10, ex 2309 90 31 und ex 2309 90 41 gilt. Absatz 2 bezieht sich auf die Zertifizierungs- und Kontrollvorschriften hinsichtlich des für Fischfutter der KN-Codes ex 2309 90 10, ex 2309 90 31 und ex 2309 90 41 eröffneten Zollkontingents. Die Färöer legten den Antrag auf Streichung ursprünglich bei der Sitzung des Gemischten Ausschusses im November 2017 mit der Begründung vor, die Zusammensetzung des Fischfutters für den Aquakultursektor habe sich stark weiterentwickelt, wodurch Gluten eine wichtigere Komponente geworden sei.
- Protokoll Nr. 4: Ein neuer Artikel zur Festlegung von Zollkontingenten für Fleischwaren, die aus der Union nach den Färöern ausgeführt werden, wird angefügt. Im Rahmen der genannten Verhandlungen forderte die Union eine Verbesserung des Marktzugangs für Schaffleischausfuhren aus der Union nach den Färöern. Die Parteien vereinbarten die Einführung eines Zollkontingents für eine Reihe von Schaffleischerzeugnissen (KN-Codes 0204, 0206 80 99, 0206 90 99, 0210 90 11, 0210 90 60, ex 0210 90 90). Das Zollkontingent, für das ein Einfuhrzollsatz von Null gelten wird, wird schrittweise eingeführt: 40 Tonnen ab Erlass des vorgesehenen Rechtsakts (d. h. 2020) und 80 Tonnen drei Jahren danach (d. h. 2023).

Die Kommission informierte die Mitgliedstaaten über das Ergebnis dieser Verhandlungen bei der Sitzung der Ratsgruppe „Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)“ am 24. Oktober 2019.

4. RECHTSGRUNDLAGE

4.1. Verfahrensrechtliche Grundlage

4.1.1. Grundsätze

Nach Artikel 218 Absatz 9 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erlässt der Rat einen Beschluss „zur Festlegung der Standpunkte, die im Namen der Union in einem durch eine Übereinkunft eingesetzten Gremium zu vertreten sind, sofern dieses Gremium rechtswirksame Akte, mit Ausnahme von Rechtsakten zur Ergänzung oder Änderung des institutionellen Rahmens der betreffenden Übereinkunft, zu erlassen hat“.

Der Begriff „rechtswirksame Akte“ erfasst auch Akte, die kraft völkerrechtlicher Regelungen, denen das jeweilige Gremium unterliegt, Rechtswirkung entfalten. Darunter fallen auch Instrumente, die völkerrechtlich nicht bindend, aber geeignet sind, „den Inhalt der vom Unionsgesetzgeber ... erlassenen Regelung maßgeblich zu beeinflussen“².

4.1.2. Anwendung auf den vorliegenden Fall

Der Gemischte Ausschuss ist ein mit dem Abkommen eingesetztes Gremium. Bei dem Akt, den der Gemischte Ausschuss annehmen soll, handelt es sich um einen rechtswirksamen Akt. Durch den vorgesehenen Akt werden die Protokolle Nr. 1 und Nr. 4 zu dem Abkommen

² Urteil des Gerichtshofs vom 7. Oktober 2014, Deutschland/Rat, C-399/12, ECLI:EU:C:2014:2258, Rn. 61 bis 64.

gemäß Artikel 34 Absatz 1 des Abkommens geändert und diese Änderungen werden für beide Parteien bindend sein. Mit dem vorgesehenen Akt wird der institutionelle Rahmen des Abkommens weder ergänzt noch geändert.

Somit ist Artikel 218 Absatz 9 AEUV die verfahrensrechtliche Grundlage für den vorgeschlagenen Beschluss.

4.2. Materielle Rechtsgrundlage

4.2.1. Grundsätze

Welches die materielle Rechtsgrundlage für einen Beschluss nach Artikel 218 Absatz 9 AEUV ist, hängt in erster Linie von Ziel und Inhalt des vorgesehenen Akts ab, zu dem ein im Namen der Union zu vertretender Standpunkt festgelegt wird. Liegt dem vorgesehenen Rechtsakt ein doppelter Zweck oder Gegenstand zugrunde und ist einer davon der wesentliche, während der andere von untergeordneter Bedeutung ist, so muss der Beschluss nach Artikel 218 Absatz 9 AEUV auf eine einzige materielle Rechtsgrundlage gestützt werden, nämlich auf diejenige, die der wesentliche oder vorrangige Zweck oder Gegenstand verlangt.

4.2.2. Anwendung auf den vorliegenden Fall

Ziel und Inhalt des vorgesehenen Akts betreffen die gemeinsame Handelspolitik. Die materielle Rechtsgrundlage des vorgeschlagenen Beschlusses ist daher Artikel 207 AEUV.

4.3. Schlussfolgerung

Rechtsgrundlage des vorgeschlagenen Beschlusses sollte Artikel 207 Absatz 4 Unterabsatz 1 AEUV in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9 desselben sein.

5. VERÖFFENTLICHUNG DES VORGEGEHENEN RECHTSAKTS

Da mit dem Akt des Gemischten Ausschusses die Protokolle Nr. 1 und Nr. 4 zu dem Abkommen geändert werden, sollte er nach seiner Annahme im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht werden.

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union in dem durch das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer andererseits eingesetzten Gemischten Ausschuss betreffend die Annahme der Änderungen der Protokolle Nr. 1 und Nr. 4 zu dem Abkommen zu vertreten ist

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 207 Absatz 4 Unterabsatz 1 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Das Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer andererseits (im Folgenden das „Abkommen“) wurde mit dem Beschluss 97/126/EG des Rates³ von der Europäischen Gemeinschaft geschlossen und trat am 1. Januar 1997 in Kraft.
- (2) Gemäß Artikel 34 des Abkommens kann der Gemischte Ausschuss die Bestimmungen der Protokolle zu diesem Abkommen ändern.
- (3) Im Anschluss an Verhandlungen haben die Landesregierung der Färöer und die Union vereinbart, gewisse Bestimmungen der Protokolle Nr. 1 und Nr. 4 zu diesem Abkommen zu ändern. Zweck dieser Änderungen ist es, den Umfang des Marktzugangs für beide Parteien in Bezug auf ausgewählte Erzeugnisse zu erweitern.
- (4) Der Gemischte Ausschuss soll einen Beschluss zur Änderung der Protokolle Nr. 1 und Nr. 4 zu diesem Abkommen annehmen.
- (5) Es ist angebracht, den im Namen der Union in dem Gemischten Ausschuss zu vertretenden Standpunkt festzulegen, da der Beschluss zur Änderung der Protokolle Nr. 1 und Nr. 4 zu diesem Abkommen für die Union bindend sein wird —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der im Gemischten Ausschuss zu vertretende Standpunkt der Union zu den Änderungen der Protokolle Nr. 1 und Nr. 4 zu dem Abkommen beruht auf dem diesem Beschluss beigelegten Entwurf des Beschlusses des Gemischten Ausschusses.

³ Beschluss 97/126/EG des Rates vom 6. Dezember 1996 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Regierung von Dänemark und der Landesregierung der Färöer andererseits (ABl. L 53 vom 22.2.1997, S. 1).

Artikel 2

Der Beschluss des Gemischten Ausschusses wird im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht.

Artikel 3

Dieser Beschluss ist an die Kommission gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am [...]

*Im Namen des Rates
Der Präsident*